Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Numm. 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Daasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Taube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 4 Uhr, 5 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Portoeinzahlung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer aber nacheinem Feiertage die Petitzeile 20 Pfge.

Hauptstr. **Gersdorf & Pfeiffer** Hauptstr.
Dresden-Neustadt, Ecke des Obergrabens.
Reinwollene schwarze Cachemires,
Meter von **Mk. 1.40** an, **schwarze Double-Alpaccas,** Meter von **60 Pf.** an. Proben und Postsendungen nach auswärts portofrei.

I. Filiale: Moritz-Allee 4
Die Kinderwagen-Fabrik
von
G. E. Höfgen
befindet sich vom **15. März** an in dem neuerbauten Grundstück
Königsbrückerstrasse 75.
II. Filiale: Zwingerstr. 5.

Seestrasse Nr. 4, 1 Treppe.
Baige
in reiner Wolle und in feinsten Farben ist in grösster Auswahl eingetroffen. Verkauf zu billigsten Fabrikpreisen.
Seestrasse Nr. 4. 1 Treppe.

Nachttelegramme. München. Die Kammer nahm am Dienstag den Gesetz-Entwurf über die Wahlreform in General- und Specialdebatte mit 147 gegen 1 Stimme an.

Konstantinopel. Die türkischen Delegirten stellten die Vorfrage, ob die Mächte andere als moralische Garantien für die Annahme der festzustellenden Grenzlinie seitens Griechenland geben könnten. Hierüber ist kein Beschluß gefaßt worden.

Nr. 68. Witterung vom 8. März: Barometer nach Oster Bäfeld, Wallstraße 19, (Höhe 61 M.) 715 Mill., gestern 2 Mill. gestiegen. Thermometerstg. n. Reaum.: 9° R., niedr. Temp. 3° R., höchste Temp. 13° R. Südwest-Wind. Bedeckt, theilweise heiter.

Aussichten für den 9. März: Veränderlich, mild, etwas Niederschläge.

Mittwoch, 9. März.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Was immer auch Feldmarschall Moltke über die Segnungen des Krieges sagen und schreiben möge — die Ueberzeugung wird er nicht aus den Herzen der Menschen reißen, daß der Friede doch die schönste Frucht der Civilisation ist und daß mit dem Fortschreiten der Civilisation auch die Liebe zum Frieden gewachsen ist. Die nach Ehren und Avancements trachtende streitbare Jugend, die Kanonengießer, die Patronenfabrikanten, die Armeelieferanten haben alle Ursache, sich für die Lehre von der Nothwendigkeit des Krieges zu begeistern und sie können auch für die Jahrzehnte der nächsten Zukunft sich beruhigt fühlen — das jetzige und vielleicht noch das nächste Geschlecht wird Zeuge, Theilnehmer und Opfer von Kriegen sein. Aber alle Bewunderung und patriotische Dankbarkeit gegen den berühmten Marschall kann nicht abhalten, prinzipiellen Widerspruch gegen die Schlußfolgerungen seiner beiden letzten vielgenannten Briefe zu erheben. Graf Moltke wollte mit seinem Pangyrikus auf den Krieg zu viel beweisen. Der Krieg ist nicht das einzige und gerechte Mittel, um die Wohlfahrt, Unabhängigkeit und Ehre eines Landes zu consolidiren. Ein Kriegsmann denkt natürlich über den Krieg anders als der friedliche Bürger; der letztere aber weiß, daß eine Zeit kommen muß, da die Völker nicht mehr zu der traurigen Nothwendigkeit des Krieges zu greifen nöthig haben. Hat doch Moltke selbst vor vier Jahren ausgerufen:

„Glücklich die Zeiten, wo die Staaten nicht mehr in der Lage sein werden, den größten Theil aller Einnahmen blos auf die Sicherheit ihrer Existenz zu verwenden, wo nicht nur die Regierungen, sondern auch die Völker und die Parteien sich überzeugt haben werden, daß selbst ein glücklicher Feldzug mehr kostet, als er einbringt; denn materielle Güter mit Menschenleben zu erkaufen, kann kein Gewinn sein".

An diesen Moltke'schen Ausspruch wollen wir uns halten und aus den neuesten Kundgebungen des Marschall's nur die Stelle acceptiren, daß Deutschland, nachdem es seine Einheit errungen, eines Krieges nicht mehr bedarf, aber stets zur Vertheidigung bereit sein muß. Ganz zutreffend erscheint uns die Moltke'sche Auffassung, daß der Staat ein Werkzeug der Friedensbegründung, gleichzeitig aber ein Arsenal zur Abwehr von Angriffen von außen ist.

Etwas anders faßt England neuerdings seine staatliche Aufgabe auf. Es denkt an eine ansehnliche Vermehrung seiner kriegerischen Hilfsmittel. Man weiß, daß England unausgesetzt seine kleinen Kriege hat, die allerdings nicht über das Schicksal des Landes entscheiden, die aber dennoch viele Opfer erfordern. England ist auch darauf vorbereitet, daß es sein ungeheueres Gebiet nicht mehr beherrschen kann, ohne jeden Augenblick zum Kriege gerüstet zu sein. Wie in unseren Löschanstalten jeden Augenblick ein Löschzug bereit sein muß, um beim ersten Feuersignale nach dem Orte der Gefahr abgehen zu können, so will England neuerdings ein volles Armeekorps in Bereitschaft halten, welches jeden Augenblick nach einem beliebigen Punkte geworfen werden kann, wo ein Aufruhr ausgebrochen ist, oder wo der Feind die Grenzen überschreitet. In Irland, Indien und Afrika kann England sich plötzlich gezwungen sehen, mit verstärkten Truppen die Sicherheit seines Besitzes zu schützen. Die Aufstellung eines solchen Armeekorps in permanenter Kriegsbereitschaft ist ein Theil der Heeresorganisation, welche soeben dem englischen Parlamente zur Berathung vorgelegt wurde. Man darf dabei nicht an eine Heeresorganisation nach kontinentalem Muster denken, aber auch England ist bemüht, seine Wehrkraft zu verstärken, indem die Freiwilligenkorps mit gewissen Ehren ausgestattet werden, um das militärische Bewußtsein dieser Korps zu erhöhen. Die Königin will jährlich eine Revue über die Freiwilligenkorps halten, 4 Offiziere aus der Freiwilligenarmee sollen zu Adjutanten der Königin ernannt werden, auch die Aussicht auf den Bath-Orden winkt Denjenigen, welche im Dienste der Freiwilligenarmee sich auszuzeichnen wissen. So will England in der Freiwilligenarmee für den Nothfall eine Truppenmacht haben, um den größten Theil der regulären Armee außerhalb des Landes verwerthen zu können. Da aber dieses Armeekorps nicht aus der Erde gestampft werden kann, so beeilt sich England jetzt, mit den siegreichen Boers Frieden zu schließen. Die meergebietende Britannia ist eben zur Zeit nicht im Stande, 15- oder auch nur 10,000 Mann, wie man prahlte, nach Südafrika zu werfen. Könnte sie es, sie schickte keine Friedensanerbietungen dahin. Ob die Boers, denen England bereits dreimal das feierlich verpfändete Wort gebrochen, abermals sich breitschlagen lassen, vermögen sie gewiß am besten selbst zu beurtheilen. Mögen diese prächtigen Menschen nur nicht Ursache haben, ihre jetzige Nachgiebigkeit später bitter zu bereuen!

Das an den Bundesrath gelangte Gesetz über Abänderung des § 35 der Gewerbeordnung hat folgenden Wortlaut:

„Die Ertheilung von Tanz-, Turn- und Schwimmunterricht als Gewerbe, sowie die gewerbsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmender Geschäfte, insbesondere der Abfassung der darauf bezüglichen schriftlichen Aufsätze (Geschäfte eines Konzipienten, Rechtskonsulenten, Volksanwalts u. s. w.) kann untersagt werden, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbtreibenden in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun. Unter denselben Voraussetzungen kann untersagt werden der Handel mit gebrauchten Kleidern, gebrauchten Betten oder gebrauchter Wäsche, der Kleinhandel mit altem Metallgeräth und Metallbruch (Trödel) oder mit Garnhüllen oder Säumen von Seide, Wolle, Baumwolle oder Leinen. Das Nämliche gilt von dem Geschäfte eines Gesindevermiethers und von dem Geschäft eines Auktionators. Personen, welche die in diesem Paragraphen bezeichneten Gewerbe beginnen, haben bei Eröffnung ihres Gewerbebetriebes der zuständigen Behörde hiervon Anzeige zu machen."

Diesem sehr tief einschneidenden Gesetzesvorschlage sind seitens der Bundesregierungen sehr umfassende statistische Erhebungen vorangegangen.

„Danach hat sich namentlich in Preußen ergeben, daß unter den jetzigen Verhältnissen das Geschäft der Konzipienten, Volksadvokaten, Winkelkonsulenten 2c. mit Mißständen von verderblichster Wirkung verbunden ist. In Preußen giebt es etwa 6600 solcher Gewerbtreibender. Von 4947 Personen, über welche in dieser Beziehung berichtet ist, werden 870 oder 58 Proc. als unzuverlässig bezeichnet, während von 4468 Personen 2570, also 57 Proc., als unfähig bezeichnet werden. Dabei ist nachgewiesen, daß viele solcher Personen überdies sittlich verkommen, zum Theil sogar schon mit schweren Strafen belegt waren, welche sich nicht von dem Interesse ihrer Klienten, sondern lediglich von Gewinnsucht leiten lassen und das Publikum zu frivolen Prozessen und Denunziationen, zu grundlosen Beschwerden und aussichtslosen Gesuchen verleiten. Diese Förderung der Streit- und Prozeßsucht habe nicht selten zur Verleidung und zum sittlichen und wirthschaftlichen Ruin ganzer Familien und selbst Gemeinden geführt. Außer in Preußen seien namentlich im Königreich Sachsen, in Württemberg, Baden, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Hamburg ähnliche Uebelstände vorgekommen. Ebenso habe man sich zur Einschränkung des Gewerbebetriebes der Auktionatoren, für den Tanz-, Turn- und Schwimmunterricht, für den Trödelhandel, namentlich aber für das Geschäft der Gesindevermiether als unabweisbare Nothwendigkeit entschlossen. Es wird eingehend auf die Zwangslage stellenloser Dienstboten in den Händen gewissenloser Gesindevermiether hingewiesen und eine Säuberung dieses Gewerbes von unlauteren und unrechtlichen Elementen nur auf dem Wege, den der Entwurf vorschlägt, in wirksamer Weise als möglich bezeichnet."

Dieser Weg besteht nun darin, daß alle Die, welche eines jener Gewerbe betreiben wollen, erst hiervon der zuständigen Behörde Anzeige zu erstatten haben, diese aber den ferneren Betrieb untersagen kann. Das ist eine schwerwiegende Machtvollkommenheit, die hiermit den Behörden eingeräumt wird. Man bedenke, was es heißt, wenn die Gemeindeobrigkeit das Recht erhält, einem Gewerbsmann das Handwerk zu legen! Die bürgerliche Existenz von Tausenden ruht ganz im Ermessen einer Rathsabtheilung, die man vielleicht durch einige Stadtverordnete und Bürger verstärkt. Mißbräuche sind hier sehr leicht möglich. Privatrache, Brodneid und andere gehässige Motive werden vielfach zu Denunziationen führen. Man soll daher im Bundesrathe und Reichstage Sorge tragen, daß die Machtvollkommenheit, welche man der Obrigkeit über den Gewerbebetrieb von Tausenden von Mitbürgern einräumen will, mit allen erdenklichen Garantien gegen Mißbrauch umgiebt. Zuzugeben ist freilich, daß bei einzelnen jener Gewerbe sich geradezu empörende Zustände herausgebildet haben, welche den beabsichtigten Eingriff in die Erwerbsfreiheit nur zu sehr rechtfertigen. Beim Tanz-, Turn- und Schwimmunterricht wissen wir zwar keine sittlichen Schäden zu benennen, aber wie viele Trödler sind nicht nach und nach zu Hehlern geworden, wie viele Gesindevermiether zu Menschenfleisch-Lieferanten an die Prostitutions-Etablissements! Wie abscheulich hat sich das scheinbar unparteiische Gewerbe eines Auktionators entwickelt! Oft steckt der Auktionator mit jenem Ring von Möbelhändlern und Trödlern unter einer Decke, um ihnen die zu versteigernden Sachen billig in die Hände zu spielen und Privatbietern aus dem Publikum das Ersteben gewünschter Artikel unmöglich zu machen. Aber warum macht der hohe Bundesrath ehrerbietigst Halt vor dem Gewerbebetriebe der Börsianer? Haben sich im Mammonstempel nicht noch viel nichtswürdigere Verhältnisse herausgebildet? Wenn man die Tanzlehrer scharf aufs Korn nimmt, so fasse man auch die berufsmäßigen Tänzer ums goldne Kalb noch viel schärfer ins Auge!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." v. 8. März.

Berlin. Die Budgetkommission lehnte den Bau einer neuen Korvette und die Wiederherstellung der Korvette Nymphe ab. Bezüglich des Nord-Ostsee-Kanals erklärte Minister Stoich, die Regierung hege gegenüber diesem Projekt volle Sympathie, zu einer Vorlage an den Reichstag indeß sei das Projekt noch nicht genügend vorbereitet. Die Hebung des Großen Kurfürst habe die Marine-Verwaltung eigentlich niemals für ausführbar gehalten. Die Geschütze und die meisten anderen losen Gegenstände desselben seien geborgen. — Heute Nachmittag fand beim Reichskanzler ein Parlaments-Diner statt.

Berlin. Die „N. A. Z." vernimmt, daß Fürst Bismarck fest entschlossen ist, seinen Posten nur dann aufzugeben, wenn er vom Kaiser eine unerbetene Entlassung erhält. Das offiziöse Blatt fügt hinzu: Die Herren Richter, Rickert und v. Forckenbeck werden sich also, wenn sie ihn los sein wollen, bemühen müssen, einen solchen kaiserlichen Akt durch ihren Einfluß herbeizuführen.

Berlin. Reichstag. Die Tribünen sind dicht gefüllt. Die Debatte über die Einführung zweijähriger Etatsperioden und über den Antrag Rickert auf Fertigstellung des Reichsetats, bevor die Etats der Einzelstaaten festgestellt werden, eröffnet v. Bennigsen. Die Vorlage beeinträchtige die ganze politische Stellung und für sehr werthvoll gehaltene Rechte des Reichstags sehr wesentlich. Das Zusammentagen des Reichstags und der Einzellandtage sei ein Uebelstand, zu dessen Beseitigung es aber keiner Aenderung der Reichsverfassung bedürfe. Die Berathung des Reichsetats biete keine Schwierigkeiten. Soll das Budgetrecht einen Werth haben, dann müssen die Ziffern der Einnahmen und Ausgaben möglichst sicher veranschlagt werden, was bei zweijährigen Etatsperioden nicht möglich. Die Rechte des Volkes, das der Reichstag vertrete, würden durch die Vorlage wesentlich beschränkt. Neben dem Kaiser und seinem verantwortlichen Kanzler sei der Reichstag ein wesentliches Organ der Reichseinheit; der Bundesrath sei dagegen die Vertretung der Einzelregierungen. Der Reichstag bilde die Vermittelung zwischen den einzelnen Stämmen. v. Marschall: Der Gesetzentwurf fasse eine Vereinfachung der parlamentarischen Arbeit ins Auge; diese Tendenz billige seine (die konservative) Partei, ohne daß sie deshalb an dem Rechte des Volkes an der Mitwirkung der Gesetzgebung rütteln wolle. Sie gehe aber mit den Liberalen nicht so weit, den Parlamentarismus, wie er in anderen Staaten bestehe, eine fremde Pflanze, bei uns einzuführen. Die Theilnahmlosigkeit des Volkes an den parlamentarischen Arbeiten habe ihren Grund in der Uebersättigung am Parlamentarismus. Diese Apathie müsse eine Warnung, Maß zu halten, sein. Die Wahlen erzeugten eine fieberhafte Bewegung, die ihren Einfluß auch auf die Verhandlungen des Reichstags ausübten. Seine Partei stimme dem Vorschlage, die Wahlperioden auf 4 Jahre zu verlängern, zu und lasse dahingestellt, ob nicht eine weitere Verlängerung ins Auge zu fassen sei. Der Antrag Rickert sei undurchführbar, zweijährige Etatsperioden wünschenswerth. Die Frage der zweijährigen Einberufung des Reichstags sei nicht eingehend von seiner Partei erörtert worden, da an eine solche Beschränkung zur Zeit nicht zu denken sei, wo doch noch so viele wichtige Fragen der Lösung harrten. Reichensperger-Olpe: Die Reichsregierung will den Reichstag so lange als möglich los sein. Die Absicht der Vorlage sei, die Kontrole so viel als möglich zu beseitigen: die Zeit der dictatorischen Regierungen scheine gekommen. Wenn der Bundesrath die Garantie übernehmen wollte, daß nach den zwei Jahren keine Nachtrags-Etats kommen, würde er mit beiden Händen zugreifen. Remedur für die jetzigen Uebelstände sei nur von 3jähriger Feststellung des Ordinariums und 1jähriger Feststellung des Extraordinariums erwartbar. Er wendet sich dann ausführlich gegen die Herabdrückung des Reichstages. Minister v. Bötticher: Der Reichskanzler sei leider durch seinen Gesundheitszustand am Erscheinen verhindert. Die Vorlage habe die ihr von Bennigsen und Reichensperger beigemessene hohe politische Bedeutung nicht. Die Klagen über Zusammentagen des Reichstages und der Landtage wären auch im letzten Jahre gewesen. Früher sprachen sich hervorragende Parteiführer des Centrums und der Reichspartei für 3jährige Etatsperioden aus. Der Schwerpunkt der Vorlage liege in Einführung zweijähriger Budgetperioden; der Bundesrath würde gern erwägen, ob von der Forderung einer zweijährigen Berufung des Reichstags abzusehen sein. Rickerts Vorschlag beseitige nicht die allgemein anerkannten Mißstände. Die verbündeten Regierungen wissen sich rein von der Absicht der Schmälerung der Rechte des Reichstags. Stumm behält sich vor, 3jährige Legislaturperiode zu beantragen. Er schildert die Uebelstände der jetzigen Verhältnisse. Von den Deutsch-Konservativen seien bei den namentlichen Abstimmungen in voriger Session 84,5 Proc., von den meist in Berlin wohnenden und neuerdings Diäten beziehenden Fortschrittlern nur 61,3 Proc. anwesend gewesen. Lasker gegen die Vorlage in allen Punkten. Das Schwergewicht für die Weiterentwickelung der Verfassung werde dadurch dem Reichstage entzogen. Der Reichskanzler wolle ein persönliches Regiment. Was der deutsche Reichstag bis 1876 geleistet, gereiche ihm zum Ruhm; kein zweites europäisches Parlament habe Gleiches vollbracht und doch dauerten seine Sessionen nicht so lange, als die der übrigen Parlamente. Das ewige Spiel mit den Parteien und unvorbereitete Gesetze hielten die Verhandlungen auf. Er hätte nicht geglaubt, daß ein so weitgehender Gebrauch von dem Rechte der Auflösung gemacht werden würde; verlängerte Legislaturperioden würden die Gefahr der Auflösung nur vermehren. Die Regierung spricht dieser Vorlage die politische Bedeutung ab und neulich wurde die Vorlage über die Dienstwohnungen als zu hoher politischer Bedeutung aufgebauscht! Die Sitzung wird auf morgen vertagt.

Berliner Börse. Wenn einerseits die nun feststehende Emission 1 Milliarde französischer Rente günstig beurtheilt wurde, übte andererseits die dauernd matte Haltung des Montanmarktes einen Druck aus. Das ungünstige Moment überwog in seiner Wirkung, wenn auch die Abschwächungen im Allgemeinen nicht bedeutend waren. Kredit 1½, Franzosen ½, Lombarden 1 Mk. schlechter. Von Bahnen waren österreichische behauptet, deutsche schwächer. Oesterr. Prioritäten vernachlässigt, deutsche, fest, hatten mäßigen Verkehr. Fonds fest. Banken weichend. Bergwerke stark angeboten. Industrien zum Theil belebt, doch behielt auch hier die weichende Richtung die Oberhand.

Lokales und Sächsisches.

— Der Oheim und der Bruder der neuvermählten Prinzeß Wilhelm von Preußen, der Prinz Christian und der Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein sind vorgestern von Berlin wieder hier eingetroffen. Letzterer setzt am Vitzthum'schen Gymnasium unter Oberleitung seines Mentor, des Major von Hugues, seine Studien fort.

— Der Königl. Generaladjutant, Generallieutenant von Carlowitz hat das Großkreuz des hessischen Verdienstordens Philipps des Großmüthigen erhalten.

— Das obereld'sche Eis war gestern in vollem Gange; in Leitmeritz setzte es sich Mittags 12 Uhr in Bewegung und ist in dieser Nacht auch hier durchgekommen. Die Elbe war dort geschwollen; der Egerfluß bei Laun ist rapid gewachsen. Im Laufe des heutigen Tages oder der heutigen Nacht können wir hier auch das Eis der Moldau erwarten. Die plötzlich eingetretene Wärme — wir hatten hier gestern am Tage einmal 13 Grad und Abends 6 Uhr noch 9 Grad — läßt großes Wasser wohl befürchten. Weitere Telegramme melden: Wasserstand in Leitmeritz 3 Uhr Nachm. 310, Ab. 6 Uhr 330 Ctm. über Null. — In Aussig seit 4 Uhr Nachm. Eisgang. Wasserstand Abends 6 Uhr 350 Ctm. über Null.

— Hofrath Ackermann war am Sonnabend in seiner Eigenschaft als Reichstags-Vicepräsident zu einem Diner beim deutschen Kronprinzen geladen.

— Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Stichling ist von Berlin, woselbst er den Sitzungen des Bundesrathes beiwohnte, hierher zurückgekehrt.

— Das Strafverfahren gegen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wiemer ist für die Dauer der Session eingestellt worden.

Herr Landgerichtsdirektor v. Mangoldt aus Plauen i. V. weilte am vorigen Sonntage hier, um Aufklärungen über den eigenthümlichen Streik der dasigen Rechtsanwälte zu geben. Die Differenz zwischen diesem Vorsitzenden des Plauener Strafsenats und den Rechtsanwälten von Plauen, Oelsnitz und Treuen hat ihren Ursprung darin genommen, daß Herr v. Mangoldt verlangte, daß die Rechtsanwälte während ihrer Vertheidigungsreden das Barret auf dem Haupte behielten, während es einzelne zeitweilig abgesetzt hatten. Daran schlossen sich einige unliebsame Auftritte wegen Unterbrechungen der Vertheidiger in ihren Plaidoyers und wegen der Verweigerung von längeren Pausen. Ohne zu untersuchen, auf welcher Seite die Schuld ist, muß man doch fragen, warum die betheiligten Herren Rechtsanwälte, falls sie sich benachtheiligt fühlten, nicht den ihnen nicht schwer fallenden Beschwerdeweg einschlugen, sondern einen Streik organisirten, an dem sich nur 4 Rechtsanwälte nicht betheiligten. Der jetzige Zustand der Rechtspflege in Plauen ist unhaltbar. Als dieser Tage Herr v. Mangoldt den Rechtsanwalt Stengel zum Vertheidiger in einer Strafsache bestellte, lehnte dieser augenblicklich die Vertheidigung ab. Herr v. Mangoldt kommt an Stelle von Einert vom 1. April nach Dresden als Landgerichtspräsident, ihn ersetzt in Plauen der Amtsrichter Kurtz aus Dresden.

— Die vorgestrige dramatische Soirée beim Kammerherrn von Vorberg füllte die glänzenden und dabei doch traulichen Räume des Palais auf der Wallenhaustraße mit einer wohl an 140 Personen zählenden vornehmen Gesellschaft. Nach einem von Frl. v. Schönberg anmuthig gesprochenen Prologe führte man die Schlesingerische dramatische Anekdote „Die Gustel von Blasewitz" auf. Herr Major v. Treitschke frappirte durch die täuschende Schiller-Maske wie fein bald ideales bald linkisches Spiel; Frl. v. Vorberg gewann als Kellnerin Gustel im Blasewitzer Gasthof alle Sympathie durch Laune und muntere Manieren; Hauptmann v. Malortie gab den Dragoner Peter sehr glücklich. Es folgte dann die Pohlsche Posse „Jeremias Grille"; hier schossen in den Rollen des Hausknechts Grille, Hauptmann v. Brolzem, und des Literaten Ernst Heiter, Major v. Treitschke den Vogel ab; nächstdem waren noch Herr Lieutenant und das Frl. v. Polleben, Frau v. Müller, ein Herr v. Seydewitz und Frau v. Brolzem beschäftigt. Beide Aufführungen gingen unter der Leitung des Herrn Regisseur Michelsen sehr exakt vor sich und fanden den Beifall der Gesellschaft, die sich sodann zu einem opulenten Souper niederließ, welches allen culinarischen Ansprüchen Genüge leistete und dessen Arrangement Herrn Traiteur Thormann zu großer Ehre gereichte. Ein Ball schloß sich, da die Faschingszeit vorüber, nicht an.

— An der Pirna-Berggießhübler Bahn soll demnächst eine neue Haltestelle für den Personenverkehr in der Nähe von Pirna am Uebergange der Zehistaer Straße errichtet werden